

Geschäftsführer Sebastian ChwalaBahnhofstr. 6
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 6. September 2019

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung vom 30. August 2019**Mietendeckel gefordert – Ampelpärchen bleiben – Bundeswehrwerbung und Rüstungsforschung abgelehnt – Ausländerbehörde soll ertüchtigt werden**

Am 30. August endete für die Marburger Stadtverordnetenversammlung die Sommerpause. Durch mehrere Anträge der Marburger Linken wurden deutliche Akzente gesetzt. Das Votum für einen Mietendeckel unterstrich, dass die bisherigen Maßnahmen, die hohen Mietensteigerungen zu bremsen, nicht greifen. In der Kritik an Bundeswehrwerbung an Stadtbussen und beim Appell an die Uni, militärische Forschungen zu stoppen, ging es um friedenspolitische Grundsätze. Mit der Beibehaltung der Ampelpärchen, die ursprünglich für den mittelhessischen CSD angebracht worden waren, soll die Stadt Marburg ein weiteres Signal für Offenheit und Toleranz setzen. Alle diese Anträge der Marburger Linken wurden im Kern angenommen.

Gleichstellung der Geschlechter

Oben auf der Tagesordnung stand der 2. Marburger Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene, der einstimmig verabschiedet wurde. Er legt einen Schwerpunkt auf Gewaltprävention. Die Marburger Linke mahnte aber an, dass viele sinnvolle Vorhaben noch nicht finanziell abgesichert seien.

Keime in der Lahn: Marburger Linke verlangt konsequente Kontrollen

Anschließend wurden Dringlichkeitsanträge zur Wasserqualität der Lahn behandelt. Wasserproben hatten multiresistente Keime nachgewiesen. Die Marburger Linken wies auf Anfragen der LINKEN im Landtag hin, wo sich die Zuständigen abwehrend und verharmlosend geäußert hatten. Sie forderte regelmäßige Proben und eine Verbesserung der Filtersysteme. Gleichzeitig sei ein anderer Umgang mit Medikamentenresten notwendig und müsse in der Pharmaindustrie in die Pflicht genommen werden. Die Anträge wurden zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen.

Ampelpärchen bleiben

Anschließend brachte Elisabeth Kula für die Marburger Linke einen Antrag zur Beibehaltung der Ampelpärchen ein. Sie verwies darauf, dass dies ein kleines Signal der Solidarität der Stadtgesellschaft mit gleichgeschlechtlichen und bisexuellen Menschen sein sollte. In der Debatte verschanzte sich jedoch die CDU hinter der Straßenverkehrsordnung, um ihre Ablehnung zu begründen. Henning Köster verwies die Marburger CDU darauf, dass sie sich bis in jüngste Vergangenheit gegen eine Gleichstellung verschiedener sexueller Orientierungen gewehrt hat. Eine heftige Gegenrede der CDU-Abgeordneten Schaffner machte deutlich, dass es auch in der CDU differenziertere Positionen gibt, als die der geistig Altvorderen. Der Antrag wurde schließlich gegen die Stimmen der CDU von allen anderen Fraktionen angenommen.

Parlament spricht sich für Mietendeckel aus

In der weiteren Aussprache über einen Mietendeckel, den das Land beschließen solle, befand Renate Bastian, dass das Recht auf Wohnen nicht dem hemmungslosen Streben nach Profit zum

Opfer fallen darf. Ein zeitlich begrenzter Deckel für Bestandsmieten solle eine soziale und räumliche Ausgrenzung, die besonders Familien mit unteren und mittleren Einkommen betreffe, entgegenwirken. Gewachsene Milieus dürften nicht zerstört werden. Auch hier stimmten SPD und Grüne zu, während sich CDU und FDP dagegen aussprachen. Dabei griffen sie mit Aussagen wie „sozialistische Enteignung“ auch in die rhetorische Mottenkiste.

Werbung für die Bundeswehr stößt auf Ablehnung

Bewegt verlief auch die Debatte über die Frage, ob Werbung an den Stadtbussen für die Bundeswehr erlaubt sei. Die Marburger Linke forderte, solche militaristische Werbung zu unterbinden und trat dafür ein, dass die Stadtwerke den Vertrag mit der Werbefirma auslaufen lassen. Die Bundeswehr, so Renate Bastian, sei spätestens seit ihrem Wandel von einer reinen Verteidigungsarmee hin zu einer Armee, die durch Auslandseinsätze inzwischen auf zahlreichen Kontinenten in Kriege verwickelt ist, kein normaler Arbeitgeber. Leid, Tod und Flüchtlingsbewegungen seien die Folge. Diese Einschätzung über die Rolle der Bundeswehr reichte weit in die SPD-Fraktion, die die Abstimmung über den Antrag frei gab. Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Jens Seipp agierte allerdings in bisher nicht dagewesener Form. Indem er reihenweise Diffamierungen von der Facebook-Seite der örtlichen Zeitung zitierte, wollte er das angebliche "Unverständnis des Normalbürgers" gegenüber dem Antrag dokumentieren. Mit der überwiegenden Mehrheit der Stimmen der SPD, der Grünen und der Marburger Linken wurde die Werbung der Bundeswehr an den Stadtbussen kritisiert, auch wenn die SPD die Aufforderung an die Stadtwerke entsprechend tätig zu werden, ablehnte.

Rüstungsforschung an Marburger Uni stoppen

Mitte des Jahres wurde bekannt, dass an der Philipps-Universität erneut in den Jahren 2015 bis 2017 mit finanziellen Mitteln aus dem US-Verteidigungsministerium Rüstungsforschung betrieben wurde. In einem Antrag der Marburger Linken wurde nun an die Universität appelliert, sich zu einer Forschung ausschließlich für zivile und friedliche Zwecke zu verpflichten. Dem stimmten die Fraktionen von SPD, Grünen und die Piratenpartei zu, CDU und FDP lehnten ab.

Ausländerbehörde ertüchtigen

Auf Antrag der Marburger Linken sollen Engpässe in der Ausländerbehörde durch organisatorische Verbesserungen beseitigt werden. Gegenwärtig müssen Antragsteller*innen oft monatelang auf einen Termin warten, was zu persönlichen Nachteilen für die Betroffenen führen kann. Die SPD-Fraktion erweiterte den Antrag durch den Vorschlag, für ausländische Studierende einen Service-Point an der Universität einzurichten. Grüne und CDU traten dem Antrag bei.

Klimarelevante Anträge

Einstimmig verabschiedet wurden Anträge zu hellen Asphaltüberdecken (FDP) und gegen Lichtverschmutzung (Magistratsparteien). Von der Marburger Linken ging die Initiative aus, zukünftig Schottergärten zu verhindern, die schließlich zu einem gemeinsamen Antrag führte.

Lise Kula hat in dieser Versammlung ihre **letzte Rede** im Marburger Stadtparlament gehalten, da sie ihr Mandat als Stadtverordnete wegen ihres Umzugs nach Wiesbaden Ende August niederlegte. Sie wurde mit Anerkennung für ihre Arbeit verabschiedet.

Ihr Nachfolger ist das Ortsbeiratsmitglied des Südviertels **Miguel Ángel Sanchez Arvelo**.

Freundliche Grüße von der **Fraktion der Marburger Linken**

Renate Bastian

Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Henning Köster, Miguel Sanchez, Jan Schalauske, Inge Sturm und Stefanie Wittich